

## Der lange Weg zur politischen Vernunft

Dr. Fischer und Mr. Joschka erklären uns die Welt – und lieben Israel

von David Witzthum



**Joschka Fischer:**  
*Die Rückkehr der Geschichte. Die Welt nach dem 11. September und die Erneuerung des Westens.*  
Kiepenheuer & Witsch, Köln 2005.  
304 Seiten, € 19,90.

Im Jahre 1984 hat Joschka Fischer ein Buch mit dem Titel „Von grüner Kraft und Herrlichkeit“ vorgelegt – Gedanken über seine grüne Welt, die sich ein Jahr zuvor verändert hatte, als seine Freunde zum Establishment übergelaufen und mit Blumen in der Hand in den Bundestag in Bonn einzogen waren.

In diesem Buch, das in der umfassenden Bibliographie seines neuen Buches nicht erwähnt ist, haben auch wir, die Israelis, Zeichen einer gedanklichen Unabhängigkeit im Hinblick auf den Nahost-Konflikt festgestellt. Es hat uns signalisiert, dass Fischer seit seiner Jugendzeit einen langen Weg zurückgelegt hatte. „Sei nicht mehr Palästinenser als die Palästinenser selbst“, forderte Fischer seine Freunde auf – ausgerechnet in jenen schwierigen Tagen des Libanon-Krieges und der Massaker von Sabra und Schatila: Damals verglichen sogar gemäßigte deutsche Politiker die israelische Umzingelung Beiruts mit dem Warschauer Ghetto und nannten das Gefangenenlager Al Ansar das „größte Konzentrationslager im Nahen Osten“.

Heute, nach vielen ideologischen und politischen Wandlungen, legt uns der deutsche Außenminister ein Buch vor, das nicht weniger soll, als uns die Lage der Welt erklären – besonders nach den Terroranschlägen vom 11. September. Fischer lässt vor unseren Augen eine Parade von intellektuellen Helfern aufmarschieren – von Hobbes und Kant, Thomas Mann und Slavoj Zizek über Hobsbawm, Huntington, Paul Kennedy, Yehuda Bauer, Martin van Creveld, Daniel Bell, Immanuel Wallerstein und Francis Fukuyama bis zu George Soros und George Bush, um

nur einige zu nennen. Fischer versucht uns so zu überzeugen, dass die Geschichte nicht zu ihrem Ende gekommen ist – ganz und gar nicht.

Seht, welch ein Wunder, möchte man ausrufen: Der einzige „Fischer“, der in diesem Buch vorkommt, ist der Fischer Almanach. Der geschäftige deutsche Politiker selbst, der lange Zeit populärste seines Landes und der einzige Europäer, der bei Israelis wie bei Palästinensern eine gleich hohe Popularität genießt, ist im Buch völlig abwesend, ebenso wie seine Regierung und sein Land. Oder vielmehr: Sie sind versteckt, unter dem Decknamen „Europa“ verborgen. Es ist, als würde die Welt aus dem All betrachtet, von wo aus nur globale historische Prozesse zu erkennen sind.

Eine der größten Herausforderungen, die Fischer heute sieht, ist der islamistische Totalitarismus, der die europäischen Formen des Totalitarismus in unserem Jahrhundert abgelöst hat – als eine Reaktion gegen die Moderne und die offene Gesellschaft. Und doch habe besonders in den neunziger Jahren die freie Welt wegen kurzfristiger Eigeninteressen ihren Kopf in den Sand gesteckt. Sie habe es vernachlässigt, eine neue, transnationale Weltordnung zu schaffen, um die alte, überholte, die mit dem Kalten Krieg und den alten Ideologien verschwunden ist, zu ersetzen. Die beiden großen westlichen Säulen USA und Europa sollten dies jetzt zusammen tun, durch die UN und die Entwicklung einer weltweiten freien Zivilgesellschaft.

Und trotzdem bekommt der Nahe Osten einen herausgehobenen Platz in Fischers Buch – aber nicht in Gestalt von Klischees, wie wir sie aus der

Feder anderer europäischer Politiker gewöhnt sind, die erklären, Israel sei die Wurzel des globalen Konflikts zwischen Ost und West, zwischen den Zivilisationen oder zwischen der Ersten und der Dritten Welt, sondern detailliert und angemessen. Und noch einmal, wie im Jahre 1984, lese ich und staune: Hat das ein deutscher Außenminister geschrieben oder stammt es vielleicht aus der Feder eines Schimon Peres oder sogar eines Ariel Scharon?

Bezeichnend ist etwa die Beschreibung des Krieges von 1948, als die arabischen Staaten den „neu gegründeten jüdischen Nationalstaat wieder von der Landkarte tilgen“ wollten; oder die Verwendung des Begriffs „Flucht“ für die massenhafte Abwanderung der Palästinenser als Ergebnis des Krieges; die Darstellung der Kämpfe Israels nicht nur um seine staatliche Existenz, sondern auch um die nationale, existenzielle und individuelle; die Feststellung, „dass Israel jenseits einer ‚Politik der Stärke‘ niemals wirklich über eine zweite Option verfügte und verfügt“ – dies „wurde und wird von seinen Nachbarn und in der internationalen Gemeinschaft allzu oft unterschätzt“. Fischer versteht das zentrale Motiv der israelischen Politik, das „Nie wieder“, als Reaktion auf die europäische Geschichte des Antisemitismus und seine bittere Saat, den Holocaust.

Auf der arabisch-palästinensischen Seite scheint Fischer ausschließlich eine Reihe von historischen Fehlern und Versäumnissen zu erkennen: der wiederholte Versuch, Israel gewaltsam zu erobern; die Ablehnung sämtlicher Teilungspläne und Vereinbarungen mit Israel; und letztlich das, was er „Doppelstrategie“ nennt – die palästinensische Politik von Verhandlungen und Terror zugleich, was nach dem 11. September freilich auf eine amerikanische Haltung der „Null-Toleranz“ stieß. Fi-

scher betont immer wieder die entscheidende Rolle der USA, zusammen mit ihren Verbündeten im „Quartett“, Russland, den UN und Europa, für jede möglichen Lösung auf dem Weg zum Frieden, den die „Road Map“ vorschlägt. Er fordert, dass Europa die Existenz Israels, „der einzigen wirklichen Demokratie und modernen, auf Freiheit gegründeten Zivilgesellschaft im Nahen Osten“, „vorbehaltlos unterstützen“ müsse. Diese Verpflichtung sei nicht nur moralisch und historisch begründet, „sondern ebenso von eminent politischem und sicherheitspolitischem Eigeninteresse“. Israel seinerseits habe durch den geplanten Abzug aus dem Gaza-Streifen und – paradoxerweise, muss man sagen – durch den Bau des Sicherheitszauns schon Schritte in Richtung Europa getan. Es wendet „sich dem Mittelmeerraum zu“ und sucht die Nähe zu Europa, das wiederum mit Israel durch gemeinsame Werte und Interessen verbunden ist.

Als Israeli habe ich mich auf diesen unserer Region wohlgesonnenen Blick konzentriert, der nicht aus dem fernen Ausland zu kommen scheint, sondern aus der Sicht eines Partners, der uns bei unserer Suche nach Auswegen aus dem Konflikt nahe steht. Das Kapitel zum Nahost-Konflikt ist allerdings typisch für das ganze Buch, das viel Kenntnis zeigt, aber keine dramatisch neuen Lösungen anbietet. Sechs, sieben Jahre als Außenminister bedeuten noch keine Lebenserfahrung, das erkennt man in dem Buch. Analyse und Beschreibung treffen zu, nicht immer wird allerdings klar, was eigentlich zu tun ist, um einen wirklichen Ausweg aus einer so tiefen Krise zu finden. Deutlich ist nur, dass politische Entscheidungen in den UN oder anderen internationalen Gremien nicht ausreichen.

Und doch soll man dieses Buch lesen. Oft lesen sich Bücher aus der

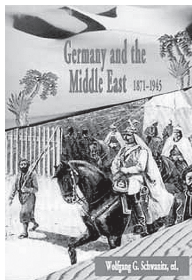
Feder von Politikern, als ob ihre Autoren mehr Bücher geschrieben als gelesen hätten. Unser Nationaldichter Bialik hat einmal über den Drang, ein Buch zu verfassen, gesagt: „Ich wusste nur von mir selbst zu erzählen.“ Fischers Buch dagegen ist das Ergebnis umfangreicher Lektüre, aber auch unabhängigen Denkens und ausgiebigen Zuhörens. Und jetzt, am Ende seiner Amtszeit, schreibt er. Er ist keinesfalls Winston Churchill oder Henry Kissinger, aber er ist einen langen Weg gegangen. Noch einmal zurück zu 1984: Damals waren es sein Widersacher Rudolf Bahro und dessen „Fundi“-Freunde, die Joschka und seine „Realos“ beschimpften, dem eu-

ropäischen Drachen die Zähne putzen zu wollen, statt ihn zu liquidieren. Heute ist Fischers Leserschaft zu einem großen Publikum herangewachsen, und Politiker nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt hören ihm zu. Es ist wahr, Joschka versteckt sich zwischen den Seiten und Zitatsammlungen des Dr. Fischer, aber doch erkennen wir immer wieder seine klare Stimme und festen Überzeugungen, die er sich im Laufe seines langen Weges angeeignet hat.

David Witzthum, geb. 1948, ist Moderator und Chefredakteur im Ersten Israelischen Fernsehen und Dozent an der Universität Tel Aviv und der Hebräischen Universität Jerusalem.

## Wie Deutschland Nahost verdorben hat

von Walter Laqueur



**Wolfgang G. Schwanitz (Hrsg.):** *Germany and the Middle East, 1871–1945.* Vervuert Verlag, Frankfurt/Madrid 2004. 268 Seiten, € 75.

Das deutsche kulturelle Interesse am Nahen Osten, bis hin zur regelrechten Faszination, war seit dem 18. Jahrhundert beträchtlich. Alle Geschmäcker konnten sich bedienen, von Goethe über Friedrich Rückert bis Karl May. Doch im deutschen außenpolitischen Denken spielte jene Region eine bescheidene Rolle. Zwar war die Türkei zumeist ein Verbündeter, und Wilhelm II. bereiste Palästina 1898 (wie vor ihm auch Franz Joseph von Österreich-Ungarn). Der Bau der Bagdadbahn erregte in den französischen und britischen Außenministerien Besorgnis. Doch im Großen und Ganzen hielt man sich an Bismarcks Diktum zur orientalischen Frage: diese sei keinen Knochen eines einzigen preußischen Grenadiers wert.

Die geographische Distanz war groß. Erdöl wurde seit den dreißiger Jahren wichtig, jedoch war der Bedarf bei weitem nicht so enorm wie heute. Die riesigen Erdölfelder am Persischen Golf waren noch nicht entdeckt. Weit hin dachte man, dass Rumänien die-

sen Bedarf in Krieg und Frieden decken könnte. Und das Osmanische Reich war ein Verbündeter oder zumindest ein freundlicher Neutraler, was die deutsche Handlungsfreiheit in der Region einschränkte.

Die Tatsache, dass Franz von Papen, alles andere als eine politische Schlüsselfigur, Botschafter in Ankara im Zweiten Weltkrieg war, deutet darauf hin, dass niemand in Berlin diese Region als Feld von besonderer politischer Wichtigkeit oder gar als einen Ausgangspunkt kühner politischer Initiativen angesehen hat. Der Warenaustausch mit Ländern wie der Türkei und dem Iran war dagegen erheblich: In den dreißiger Jahren kamen fast die Hälfte aller iranischen Importe aus Deutschland – auch wenn diese Handelsbeziehungen in absoluten Zahlen natürlich geringer ausfielen als der Handel mit europäischen Nachbarn. Zumeist verfolgte Deutschland (wie Wolfgang G. Schwanitz in seiner einleitenden Übersicht

darstellt) darum eine Politik, die den Status quo erhalten sollte.

Die Region wurde aber auch als so etwas wie der weiche Unterleib des Britischen Empires angesehen, als Brücke nach Indien. Diese britische Position zu schwächen, ob nun in Afghanistan im Ersten und Zweiten Weltkrieg oder im Irak 1940/41, erhielt außenpolitisch zunehmend größere Bedeutung. Diese Entwicklungen erhellen die Beiträge von Hans-Ulrich Seidt über deutsche Destabilisierungsversuche nach dem Ersten Weltkrieg, von Thomas Hughes über die deutsche Mission nach Afghanistan im Ersten Weltkrieg und von Schwanitz über die Aktivitäten des Gesandten Fritz Grobba in Bagdad 1940/41. Sie alle schöpfen aus bislang unveröffentlichten Unterlagen und werfen ein neues Licht auf Entwicklungen, die bislang nicht hinreichend bekannt waren. Nach seiner Rückkehr aus der sowjetischen Gefangenschaft im Jahre 1955 hat Fritz Grobba einen ausführlichen Bericht über seine Aktivitäten geschrieben, genauso wie die Generäle Walter Warlimont und Hellmuth Felmy.

Wie die britische und die französische Mittelost-Politik durch akademische Experten unterstützt wurde, durch Historiker, Archäologen und Anthropologen, so war das auch in Deutschland der Fall, dessen Orientalistik zu jener Zeit weltweit führend war. Einige dieser Experten wie Max von Oppenheim hatten eine abenteuerliche Ader. Oppenheim spielte eine entscheidende Rolle dabei, einen (antibritischen) Dschihad auszurufen. Daran war die weitaus übertriebene Hoffnung geknüpft, dass so Indien in Aufruhr versetzt werden könnte. General Niedermayer, der im Ersten Weltkrieg die militärische Delegation nach Afghanistan leitete (und im Zweiten Weltkrieg eine Delegation in die UdSSR), war zugleich Professor –

damals in jedem Land, nicht nur in Deutschland, eine seltene Kombination. John Buchans bekannter Thriller „Greenmantle“, der den fiktiven deutschen Versuch beschreibt, einen „heiligen Krieg“ gegen Großbritannien im islamischen Orient auszulösen, hatte also eine wirkliche Grundlage.

Ein weiterer Autor des besprochenen Bandes, Uwe Pfullmann, behandelt die deutschen Beziehungen zu Saudi-Arabien in den dreißiger Jahren. Dieses Thema ist lange Zeit sehr vernachlässigt worden. In diesem Zusammenhang findet Leopold Weiss (Mohammed Assad) Erwähnung: ein Wiener Journalist jüdischer Herkunft, der zum Islam konvertierte und ein einflussreicher islamischer Theologe wurde. Diese schillernde Figur hat in jüngster Zeit einiges Interesse erfahren, sogar eine Biographie liegt mittlerweile vor. Aber Weiss-Assad hat, anders als Pfullmann schreibt, natürlich nicht für die Frankfurter Allgemeine Zeitung gearbeitet – die gab es damals noch gar nicht; und außerdem, eine weitere Ungenauigkeit Pfullmanns, verließ er Pakistan, das er eine Zeit lang bei den Vereinten Nationen vertreten hatte, lange vor seinem Tod.

Der wohl interessanteste, aber auch kontroverseste Beitrag, betitelt „Im Schatten des Mondes“, stammt von dem im Jahr 2003 verstorbenen Gerhard Höpp. Er fragt, warum man so intensiv die Kollaboration arabischer Politiker mit Nazi-Deutschland behandelt hat, während arabische Opfer der Nazis keine Aufmerksamkeit gefunden haben. Doch an akademischen Arbeiten über diese Kollaboration lag lange kaum etwas vor, denn das relevante Quellenmaterial ist erst in jüngerer Zeit zugänglich gemacht worden. Was die vergessenen Opfer betrifft, so gelangt Höpp auf der Grundlage seiner Forschungen zu der Schlussfolgerung, dass ungefähr 1500 Araber in Konzen-

trationslagern waren. Es trifft zu, dass nationalsozialistische Quellen über KZ-Häftlinge „islamischen Glaubens“ berichten; unter ihnen befanden sich fünf Ägypter, vier Iraker, vier Palästinenser, ein Syrer und ein Libanese. Der Rest aber, also die überwältigende Mehrheit, waren Einwohner oder Bürger Frankreichs, die aus Nordafrika stammten, jedoch keine Araber.

Warum wurden sie in Konzentrationslager verschleppt? Eine statistische Aufschlüsselung liegt nicht vor. Aber es scheint, dass sich viele freiwillig zur Arbeit in Deutschland oder Frankreich gemeldet haben. Andere wurden zwangsweise eingezogen (für die Organisation Todt), wie Hunderttausende von Zwangsarbeitern. Als Reaktion auf die Arbeitsbedingungen, die Bezahlung und ihre Behandlung sind sie dann geflohen und wurden darum verfolgt. Andere wiederum waren politische Gefangene. Laut Höpp standen sie in Verbindung mit dem französischen Widerstand. Doch in diesem Fall sollten ihre Namen in den Annalen des französischen Widerstands erscheinen. Aber bis auf wenige Ausnahmen ist dies nicht der Fall. Alles in allem bleiben die Gründe für ihre Gefangennahme also etwas rätselhaft.

Wie viele von ihnen haben überlebt? Wiederum gibt es keine Statistiken. Jedoch ausgehend von der Tatsache, dass die meisten von ihnen in Konzentrationslager und nicht in Vernichtungslager

geschickt worden waren (eine Unterscheidung, die Höpp hätte ein wenig deutlicher machen können), gibt es Grund für die Annahme, dass viele von ihnen überlebt haben, möglicherweise die Mehrheit. Der Versuch, die Aufmerksamkeit auf diese Opfer nationalsozialistischer Verfolgung zu lenken, ist verdienstvoll, und er hat auch viel Publizität durch den TV-Sender Al-Dschasira erhalten. Dies wäre jedoch noch viel überzeugender ausgefallen, wenn der Autor etwas genauer im Hinblick auf die Identität der Opfer gewesen wäre.

Ob all das zu einer Revision der üblichen Ansichten über die deutsch-arabischen Beziehungen zwischen 1933 und 1945 führen wird, wie Höpp zu glauben schien, ist eine andere Frage. Die Sympathien für die Achsenmächte, die arabische Nationalisten in den dreißiger und vierziger Jahren hegten, waren in vielerlei Hinsicht nur zu natürlich. Sie gründeten sich auf die Annahme, dass der Feind ihrer Feinde (Briten und Juden) auch ihr politischer Freund sein müsste. Wer darum nach antifaschistischen Haltungen (ganz zu schweigen von Aktivitäten) unter diesen Bedingungen sucht, hat noch viel Arbeit vor sich. Alles in allem ist dieser Band ein wertvoller Beitrag zu unserem Wissen über die deutsche Außenpolitik und den Mittleren Osten.

Walter Laqueur, geb. 1921, ist Professor Emeritus der Georgetown University, Washington.

## Russische Routine, deutsche Deutung

von Henning Schröder

Die Sowjetunion war eine Weltmacht – die „andere Supermacht“ neben den USA, die Führungsmacht des „sozialistischen Lagers“. Heute ist die Russländische Föderation, größter der Nachfolgestaaten, militärisch, wirtschaftlich und politisch allenfalls eine

Mittelmacht. Zudem ein Staat, dem das Ausland kaum noch Sympathie entgegenbringt. Die Euphorie der Gorbatschow-Jahre und der Optimismus der Jelzin-Ära ist durch Skepsis, Misstrauen und Desinteresse abgelöst worden. Daran ist gewiss auch die

Entwicklung in Russland schuld, die die Erwartungen auf eine rasche Demokratisierung nicht erfüllt hat. Doch Russland ist immer noch ein wichtiger Partner deutscher und ein relevanter Akteur internationaler Politik. Es ist ein Nachbar geworden, ein interessanter Markt für die deutsche Wirtschaft und ein wichtiger Energielieferant Europas.

Indes tun sich in Deutschland Öffentlichkeit und Politik mitunter schwer, daraus politische Schlussfolgerungen zu ziehen. Gewiss haben Kohl und Schröder enge persönliche Verbindungen zu den jeweiligen russischen Präsidenten aufgebaut und für ihre Politik genutzt. Doch als der Außenminister im März 2004 seine „Rekonstruktion des Westens“ zur Diskussion stellte, suchte man Osteuropa und Russland in diesem politischen Entwurf vergebens. Der Osten Europas kam nicht darin vor.

Es ist wohl auch eine Reaktion auf diesen weißen Fleck, wenn Gernot Erler, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, jetzt ein Buch vorlegt, das sich mit Russland und der Perzeption Russlands im Westen auseinandersetzt. Erler will russische Gegenwarts politik erklären. Dazu setzt er bei den Ereignissen an, über die Russland im letzten Jahr in der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen wurde – die schreckliche Geiselnahme in Beslan, der problematische Prozess gegen den Finanzmagnaten Chodorkowskij und die „orangene Revolution“ in der Ukraine.

Die Geiselnahme in Beslan spiegelt in mehrfacher Weise Fehlentwicklungen russischer Politik wider. Die Tat selbst ist die terroristische Reaktion auf den verfehlten Versuch der russischen Führung, Tschetschenien durch einen militärischen Einmarsch in den russischen Staat zu integrieren und gewaltsam Ordnung herzustellen.

Zwar wurde die militärische Kraft des tschetschenischen Widerstands gebrochen, doch wechselte dieser seine Taktik und initiierte einen Terrorkrieg, der den Kaukasus überspannt und bis nach Moskau reicht. Erler zeigt, wie der russische Präsident das Versagen der Sicherheitsorgane bei der Geiselnahme zum Anlass nahm, um das politische System zu reorganisieren. Putin setzte offenbar lange geplante politische Veränderungen in Gang, die darauf abzielten, die gesamte Macht in der Hand der Zentrale zu konzentrieren. Der Band skizziert diese im Einzelnen – die Abschaffung der Direktwahl für die Gouverneure, die Einführung eines Verhältniswahlrechts für das Parlament und die Schaffung einer „Gesellschaftskammer“, die offenbar die Bürgergesellschaft in einen Obrigkeitsstaat einbinden soll – und zeigt, wie diese das demokratische Element weiter schwächen.

Der Öl- und Finanzmagnat Chodorkowskij, der in den neunziger Jahren nicht eben zimperlich vorging, als er sein Firmenimperium zusammenraffte, wurde bekanntlich in einem rechtlich zweifelhaften Verfahren zu einer langen Haftstrafe verurteilt. Der Erdölgigant Jukos, dem Chodorkowskij vorstand, wurde zerschlagen, die wichtigsten Förderregionen auf zwielichtigen Umwegen in den Besitz einer staatlichen Ölfirma überführt. Erler analysiert den Fall in seiner politischen Dimension und macht deutlich, auf welche zweifelhafte Weise so ein potenzieller politischer Rivale ausgeschaltet wurde.

Die „orangene Revolution“ in der Ukraine ist der dritte Fall, den der Autor aufgreift. Er schildert, wie die versuchte Fälschung der ukrainischen Wahlen Widerstand in der Bevölkerung auslöste, der schließlich zur Wahl des Oppositionskandidaten



**Gernot Erler:**  
*Russland kommt. Putins Staat – der Kampf um Macht und Modernisierung.* Herder-Verlag, Freiburg/Basel/Wien 2005. 190 Seiten, € 8,90.

Juschtschenko führte. Die Regierung Putin hatte den Gegenkandidaten Janukowitsch favorisiert. Erler zeigt nicht nur, dass die russische Unterstützung für Janukowitsch von unrealistischen Voraussetzungen ausging. Er geht auch der Frage nach, warum sich die russische Führung so ungeschickt verhalten hat. Die Gründe dafür sieht er vor allem in einer historisch gewachsenen großrussischen Selbstgewissheit, verbunden mit einem vollkommenen Unverständnis für die ukrainische Situation. Und so wurden die Wahlen in der Ukraine zu einem Desaster russischer Außenpolitik.

Erler gibt eine bei aller Kürze differenzierte Darstellung der schwierigen und widersprüchlichen Situation, in der sich Russland befindet. Dabei wird die Putin-Regierung nicht geschont. Erler legt den Finger in die Wunde, wenn er die Skrupellosigkeit der herrschenden Gruppe, ihre Engstirnigkeit und ihren autoritären Charakter aufzeigt, die ursächlich sind für die politischen Fehler, die sie im Kaukasus und in der Ukraine begangen hat. Der Autor fällt dennoch kein kurzatmiges Urteil. Indem er den historischen Kontext und den schwierigen Weg beschreibt, den die russische Gesellschaft seit dem Zerfall der UdSSR zurückgelegt hat, ebnet er einer sachlichen Auseinandersetzung mit problematischen Entwicklungen in der russischen Politik den Weg. Insofern hebt sich Erlers knappe Bestandsaufnahme wohlthuend von den mit Vorurteilen aufgeladenen Wertungen ab, die in letzter Zeit das westliche Russland-Bild bestimmen.

Wiederholt geht der Autor auf die Rolle des Westens ein – auf das politische Handeln der EU und das Verhalten Deutschlands. Hier hätte man sich gewünscht, dass sich der Außenpolitiker Erler klarer äußert; dass er

sich konzeptionell weiter vorwagt und Grundlinien einer Ostpolitik, einer Politik gegenüber den „neuen Nachbarn“ der Europäischen Union entwirft, Elemente einer Strategie für eine aktive deutsche Politik gegenüber dem Raum jenseits der EU-Grenzen. Gerade vor dem Hintergrund der differenzierten Behandlung der russischen Entwicklung wäre dies notwendig und von großem Interesse gewesen.

Doch Gernot Erler will erklären. Er will nicht emotionalisieren, er will Russland nicht mit Etiketten versehen. Er gibt sich nicht mit einfachen Deutungen zufrieden. Ein Verweis auf das Persönlichkeitsprofil des Präsidenten oder auf seine Geheimdienstvergangenheit genügt dem Autor nicht. Was er anbietet, ist ein komplexer Zugang zu einem Land mit schwieriger Geschichte. Das ist ein mutiges Unterfangen in einer Medienwelt, in der man mit Personalisierung und Skandalisierung viel eher Aufsehen erregt.

Erler versucht russische Politik in ihren historischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen darzustellen. Das ist unspektakulär. Aber es öffnet dem Leser den Blick für die Komplexität der russischen Entwicklung – die großen Fortschritte, die diese Gesellschaft gemacht hat, die Hindernisse für die Entfaltung politischer Selbstbestimmung, die Risiken und die Chancen. Auf knappem Raum entwirft der Autor in einfacher Sprache ein präzises und vielschichtiges Bild russischer Politik. Wer sich ernsthaft mit dem gegenwärtigen Russland auseinandersetzen will, dem vermittelt der schmale Band einen kundigen Einstieg.

Dr. Hans-Henning Schröder, geb. 1949, ist apl. Professor, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

## Ist der Weltraum zu weit weg für Europa?

von Christoph Grams

Die europäische Krise nach den gescheiterten Verfassungsreferenden absorbiert alle öffentliche Aufmerksamkeit. Darunter leiden wichtige Politikfelder in der EU, die in den Medien kaum Beachtung finden. So wird die Weltraumpolitik zu Unrecht übersehen. Deshalb ist es umso verdienstvoller, dass Heiko Borchert mit seinem neuesten Sammelband der Frage nachgeht, in welchem Zusammenhang der globale Akteursanspruch der EU, die europäische Weltraumnutzung und „die Transformation auf der Basis sicherheitspolitischer Vernetzung“ zueinander stehen.

Seit ihren Anfängen ist die Raumfahrt durch eine besonders enge Verflechtung zwischen ziviler und militärischer Nutzung charakterisiert. Wer heute international militärisch handlungsfähig sein will, muss über unabhängige Zugänge für die Bereiche der Kommunikation, Aufklärung und Navigation verfügen. Mehr und mehr entwickelt sich der erdnahe Orbit neben Land, See und Luft zu einem vierten militärischen Operationsgebiet. Nur mit der überlegenen Fähigkeit zur Aufklärung feindlicher Operationen und zur Führung eigener Truppen, nur durch Beschleunigung von Entscheidungsprozessen und präzise Einwirkungsmöglichkeiten sind Interventionen heute politisch vermittelbar.

Diese Fähigkeiten sind wiederum für zivile Anwendungen – Landwirtschaft, Verkehr, Katastrophenvor- und -nachsorge sowie Logistik – von entscheidender Bedeutung. Die Verbindung „globaler Präsenz mit der jederzeitigen Möglichkeit zur lokalen Einwirkung“ bezeichnet nach Borchert das Potenzial des Einsatzes von Weltraumtechnologie. Damit ist deren fun-

damentale Bedeutung für die in den meisten Staaten laufende Transformation zur Etablierung gesamtstaatlicher Sicherheitsstrukturen auf ziviler wie militärischer Grundlage evident.

Um diese Fähigkeiten aktiv mitgestalten zu können, bedarf es strategischer Weichenstellungen durch diejenigen Staaten Europas, die über die notwendigen finanziellen und technologischen Ressourcen verfügen. Hier legen Borchert und seine Mitautoren den Finger in die deutsche Wunde: Will die Bundesrepublik in Zukunft ein relevanter Mitspieler der europäischen Weltraumpolitik bleiben, müssen ressortübergreifende Strukturen geschaffen werden, die politische Schwerpunktsetzungen bilden und finanzielle Ressourcen bereitstellen können.

Wenn über die gegenwärtige Krise der EU das Ziel der GASP/ESVP eines sicheren und prosperierenden Europas nicht aus dem Blick verloren gehen soll, muss ein übergreifender europäischer Ansatz konzipiert werden, der politische, wirtschaftliche, militärische und polizeiliche Mittel zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen bereithält. In diesem Zusammenhang erhalten Entscheidungs- und Handlungsspielräume, die durch die Erschließung des Alls gewonnen werden können, zentrale strategische Bedeutung. Europa kann nur so sein Ziel erreichen, ein international politisch relevanter Akteur zu sein. Borcherts wichtiger Sammelband zeigt die wichtigen politischen, militärischen, industriellen und rechtlichen Aspekte dieser notwendigen Vergegenwärtigung auf.

Christoph Grams, geb. 1975, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Berliner Forum Zukunft der DGAP.



**Heiko Borchert (Hrsg.): Europas Zukunft zwischen Himmel und Erde. Weltraumpolitik für Sicherheit, Stabilität und Prosperität.**  
Nomos  
Verlagsgesellschaft,  
Baden-Baden 2005.  
170 Seiten, € 24,90.